



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Beschluss-Protokoll

der 12. Sitzung, Amtsjahr 2006-2007

Mittwoch, den 17. Januar 2007, um 09:00 Uhr, 15:00 Uhr und 20:00 Uhr

Vorsitz: *Andreas Burckhardt, Grossratspräsident*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*
Barbara Schüpbach-Guggenbühl, II. Ratssekretärin

Abwesende:

17. Januar 2007, 09:00 Uhr *Hermann Amstad (SP), Sibylle Benz (SP), Ugur Camlibel (SP), Tommy Frey (SVP), Stephan Gassmann (CVP), Patrick Hafner (SVP), Beat Jans (SP), Ernst Jost (SP), Urs Müller (Bündnis), Noëmi Sibold (SP).*
17. Januar 2007, 15:00 Uhr *Andreas Albrecht (LDP), Hermann Amstad (SP), Sibylle Benz (SP), Tommy Frey (SVP), Beat Jans (SP), Ernst Jost (SP), Urs Müller (Bündnis), Noëmi Sibold (SP).*
17. Januar 2007, 20:00 Uhr *Andreas Albrecht (LDP), Kurt Bachmann (fraktionslos), Sibylle Benz (SP), Claude François Beranek (LDP), Lukas Engelberger (CVP), Beat Jans (SP), Ernst Jost (SP), Rolf Jucker (FDP), Philippe Macherel (SP), Urs Müller (Bündnis), Noëmi Sibold (SP), Sabine Suter (SP), Gisela Traub (SP), Rolf von Aarburg (CVP), Ruth Widmer (SP), Angelika Zanolari (SVP).*

Verhandlungsgegenstände:

- | | | |
|-----|--|----|
| 14. | Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates zum gemeinsamen Bericht von BL und BS betreffend den Staatsvertrag zur Zusammenlegung der Rheinschiffahrtsdirektion Basel und der Rheinhäfen des Kantons Basel-Landschaft sowie Mitbericht der Finanzkommission. Partnerschaftliches Geschäft. | 4 |
| 17. | Ausgabenbericht betreffend Logis Bâle 2007 bis 2010: Fortführung der Umsetzung des Impulsprojekts "5000 Wohnungen innert 10 Jahren". | 5 |
| 18. | Ratschlag betreffend Zwingerstrasse 25, Basel. Festsetzung eines Bebauungsplans für die Liegenschaft Zwingerstrasse 25. | 6 |
| 19. | Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ausgabenbericht Nr. 05.0745.01 betreffend Karl Barth-Platz. Verbesserung der Verkehrssicherheit, Umgestaltung und Vergrösserung der Platzfläche im Zusammenhang mit Gleissanierung sowie zur Petition P237 betreffend Neugestaltung des Karl Barth-Platzes. | 8 |
| 20. | Ratschlag betreffend Sichere Kinderspielplätze. Rahmenkredit zur Umsetzung der neuen Schweizer Sicherheitsnormen SN EN 1176/1177 auf öffentlichen Kinderspielplätzen und Spielbereichen in Schulen, Kindergärten und Gartenbädern. | 9 |
| 21. | Ratschlag betreffend Änderung des Personalgesetzes vom 17.11.1999 - Erweiterung der Zuständigkeit der kantonalen Personalrekurskommission. | 10 |

22.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates zum Ratschlag Nr. 06.0933.01 des Regierungsrates betreffend Betriebskostenbeiträge an das St. Claraspital, Merian Iselin-Spital, Bethesda-Spital, Geriatriespital Adullam und die Psychiatrische Klinik Sonnenhalde für die Jahre 2007 bis 2009; gestützt auf neue Verträge über die Hospitalisation von Patientinnen und Patienten in den Allgemeinen Abteilungen der genannten, nichtstaatlichen, gemeinnützigen Spitälern (Privatspätälerverträge).	11
23.	Ratschlag betreffend Liegenschaftsbeiträge zugunsten von baselstädtischen Pflegeheimen in den Jahren 2007 - 2011.	12
24.	Ausgabenbericht betreffend Betriebskostenbeiträge an die Stiftung Melchior für die Jahre 2007 bis 2009.	13
25.	Ratschlag betreffend Betriebskostenbeiträge an die Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft Basel für die Jahre 2007 bis 2009.	13
26.	Ratschlag betreffend Einführung einer elektronischen Dokumentenarchivierung und -verwaltung im Universitätsspital Basel (USB).	14
27.	Ratschlag zum Genehmigungsverfahren betreffend Totalrevision des Konkordats über den Vollzug von Strafen und Massnahmen nach dem Schweizerischen Strafgesetzbuch und dem Recht der Kantone der Nordwest- und Innerschweiz (Strafvollzugskonkordat).	15
29.	Budgetpostulat Stephan Ebner betreffend Dienststelle Nr. 264 / Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt.	15
30.	Anzüge 1 - 13.	16
31.	Antrag Andreas C. Albrecht und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend kantonale Regelungsfreiheit für Lärmemissionen von Gastwirtschaftsbetrieben.	20
32.	Beantwortung der Interpellation Nr. 84 Andreas Ungricht betreffend einer Interpellationsbeantwortung des ED BS im Zusammenhang mit City Golf Basel.	20
33.	Beantwortung der Interpellation Nr. 92 Stephan Gassmann betreffend Schaffung eines Trammuseums Basel.	20
34.	Beantwortung der Interpellation Nr. 96 Michael Martig betreffend neue Ausbildungsgänge der Gesundheitsberufe.	21
35.	Beantwortung der Interpellation Nr. 98 Christoph Wydler betreffend Revision des MAR (Maturitätsanerkennungsreglements)	21
36.	Beantwortung der Interpellation Nr. 85 Fabienne Vulliamoz betreffend "Migration und Gesundheit".	21
37.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kathrin Zahn und Konsorten betreffend Rechtsanspruch auf Palliative Care.	22
38.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Roman Geeser und Konsorten betreffend elektronische Gesundheitskarte.	22
39.	Beantwortung der Interpellation Nr. 82 Sebastian Frehner betreffend Regierungspropaganda.	22
40.	Beantwortung der Interpellation Nr. 83 Talha Ugur Camlibel betreffend sozialhilfeabhängige Migrantinnen und Migranten.	22
41.	Beantwortung der Interpellation Nr. 89 Heidi Mück betreffend Rückgang der Anzahl NeurentnerInnen der IV.	23
42.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Philippe P. Macherel und Konsorten betreffend Förderung von Sozialstellen in der Privatwirtschaft.	23

Mitteilungen

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Heute in einer Woche hat die Messe Schweiz AG den Grossen Rat zum Nachtessen eingeladen. Sie gelten alle automatisch als angemeldet. Wenn Sie verhindert sein sollten, bitte ich Sie, sich heute beim Ratssekretariat hier im Saal abzumelden.

Sie haben von den Organisatoren von "Drei Religionen im Rat" eine Einladung für den Cem - ein alevitischer Feiertag - auf Ihren Tischen liegen. Sie können sich für diese Zusammenkunft vom 18. Februar bei Hasan Kanber anmelden.

Erklärung des Präsidenten

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: In der Nacht vom Montag auf den Dienstag sind wir in der Region Basel zum dritten Mal von einem Erdbeben der Stärke 3,2 nach der Richter Skala aufgerüttelt worden. Wenn ich von der Region Basel spreche, so meine ich damit die ganze trinationale Region: die Nordwestschweiz, Südbaden und das südliche Elsass. Viele Bewohner dieser Region sind ob dieser anhaltenden Erdbeben und Erschütterungen sehr verunsichert, ja sogar erschreckt und in Angst versetzt worden. Ich habe dafür grosses Verständnis. Auch ich bin erschrocken.

Ich habe in den letzten Tagen viele Zuschriften erhalten, die mich als Präsident des Grossen Rates und das Parlament als Ganzes eindringlich bitten, diese Zeichen ernst zu nehmen und so rasch als möglich die nötigen Beschlüsse zu fassen und Vorkehrungen zu treffen, damit diese Erdstösse endlich aufhören. Diese Reaktionen aus der Bevölkerung müssen wir ernst nehmen.

Dies hat mich dazu geführt, dass ich heute diese präsidiale Erklärung abgebe und hoffe, dass sie die Verunsicherung in unserer trinationalen Region abbauen kann.

Am 13. August 2003 hat der Regierungsrat dem Grossen Rat den Ratschlag 9262 zugestellt, mit welchem er einen Rahmenkredit für den Bau eines geothermischen Heizkraftwerkes (Deep Heat Mining) beantragt hat. Dabei wurde der Bau des "weltweit ersten geothermischen Heiz-Kraftwerkes nach dem Hot-Fractured-Rock Verfahren" beantragt. Auf insgesamt 45 Seiten wurden die Chancen und Risiken dieses Verfahrens dargelegt. Auf Seite 21 des Ratschlags wurde über die Seismizität des Projektes ausgesagt, dass die Frakturierung des Gesteins in der Tiefe sich in "geringfügigen Erschütterungen" äussern kann. Ferner wurde ausgeführt: "Die hier eingesetzten Kräfte sind ein Vielfaches geringer als zur Erzeugung eines spürbaren oder sogar Schaden verursachenden Bebens benötigt werden."

Der Grosse Rat hatte am 2. Juni 2004 in Anbetracht der Notwendigkeit, auch in alternative Energieformen einzusteigen, auf Antrag seiner Kommission mit grossem Mehr gegen 5 Stimmen beschlossen, dem Kredit zuzustimmen und damit die abgeschätzten und aus theoretischer Sicht aufgezeigten Risiken einzugehen. Das war mutig, heute sagen viele: zu mutig.

Seit dem 8. Dezember 2006 haben wir leider mehrfach erfahren, dass die ausgelösten Beben teilweise doch spürbar sind. Empfindlich und beängstigend spürbar. Wir müssen damit feststellen, dass wir in der Vorphase die Folgen des - riskanten und innovativen - Projektes unterschätzt haben.

Die Geopower AG hat unverzüglich nach dem 8. Dezember die Weiterführung des Projektes gestoppt, den Druck abgelassen und in der Zwischenzeit ein Drittel des in die Tiefe gepumpten Wassers zurückgeführt. Diese Sofortmassnahmen sollten die Gefahr neuer Erdstösse mindern, dennoch waren weitere Erschütterungen und Beben vorherzusehen, da noch ein wesentlicher Teil des Wassers in der Tiefe verblieben ist. Andere Sofortmassnahmen waren nicht möglich, ohne unvorhergesehene Ereignisse zu provozieren.

In der Zwischenzeit ist eine Analyse der Situation durch Experten erfolgt, aufgrund welcher dann weitere Schritte zum Abbau der Reaktionen eingeleitet werden können. Es wird nun darum gehen, solche Massnahmen rasch und sorgfältig, also sicher nicht überstürzt, zu ergreifen.

Der Grosse Rat und die Regierung des Kantons Basel- Stadt und die weiteren Involvierten müssen erkennen, dass die seismischen Reaktionen das erwartete Mass überschritten haben. Exekutive und Legislative stehen gemeinsam in der Verantwortung ihre seinerzeitigen Beschlüsse zu überdenken. Diese Verantwortung kann am besten mit ruhigen, aber unverzüglich zu fassenden Beschlüssen wahrgenommen werden.

Vordringlich ist es jetzt nicht, einzelnen Exponenten besonders mit Vorwürfen einzudecken oder Schuldige zu suchen. Der Grosse Rat und der Regierungsrat haben im Jahre 2004 beide dem Projekt die Zustimmung erteilt. Vordringlich ist es jetzt, miteinander diejenigen Massnahmen zu finden, die der Bevölkerung in der Nordwestschweiz, im Elsass und in Südbaden die Gewissheit zurückgibt, dass wir trotz allem Bestreben,

unsere künftigen Energieprobleme zu lösen, nicht mit der Unversehrtheit und dem Leben der Einwohner unserer Region spielen.

In diesem Sinne bitte ich Sie über alle Partei- und politischen Grenzen hinaus zusammenzuarbeiten. Die Bevölkerung in der Dreiländer-Agglomeration bitte ich darum, uns die nötige Zeit und die Unterstützung zu geben, damit wir auch dieses von uns selbst hervorgerufene Problem lösen können.

14. Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates zum gemeinsamen Bericht von BL und BS betreffend den Staatsvertrag zur Zusammenlegung der Rheinschiffahrtstaktung Basel und der Rheinhäfen des Kantons Basel-Landschaft sowie Mitbericht der Finanzkommission. Partnerschaftliches Geschäft.

[17.01.07 09:11:14, WAK, WSD, 02.1534.02, BER]

Die Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates und die Finanzkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Bericht einzutreten, den Staatsvertrag zwischen Basel-Stadt und Baselland betreffend Zusammenlegung der Rheinschiffahrtstaktungen zu genehmigen, den Regierungsrat zu ersuchen, sich für ein möglichst flächenoptimierte Bewirtschaftung einzusetzen und das Gesetz betreffend Rheinhafenverwaltung vom 13. November 1919 aufzuheben.

Voten: *Fernand Gerspach, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission; Sebastian Fehner, Referent der Finanzkommission; RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD)*

Elisabeth Ackermann (Grünes Bündnis): beantragt namens der Fraktion Grünes Bündnis Rückweisung an den Regierungsrat.

Voten: *Marcel Rünzi (CVP); Christine Keller (SP); Eduard Rutschmann (SVP); Christophe Haller (FDP); Andreas C. Albrecht (LDP); Thomas Grossenbacher (Grünes Bündnis)*

Zwischenfrage von Eduard Rutschmann (SVP).

Voten: *Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis); Hans Baumgartner (SP); Urs Schweizer (FDP); Thomas Grossenbacher (Grünes Bündnis); Andreas C. Albrecht (LDP); RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD); Fernand Gerspach, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 15 Stimmen, den Rückweisungsantrag der Fraktion Grünes Bündnis **abzulehnen**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 106 gegen 14 Stimmen, unter Verzicht auf eine zweite Lesung und vorbehältlich der Zustimmung des Kantons Basel-Landschaft zum neuen Staatsvertrag (Ziff. I) :

I. Genehmigung des Staatsvertrages

1. Der Staatsvertrag zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft betreffend die Zusammenlegung der Rheinschiffahrtsgesellschaft Basel und der Rheinhäfen des Kantons Basel-Landschaft zu einer Anstalt öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit unter dem Namen "Schweizerische Rheinhäfen" ("Ports Rhénans Suisses", "Swiss Rhine Ports") (Rheinhafen-Vertrag) vom 13./20. Juni 2006 wird genehmigt.
2. Der Regierungsrat wird ersucht, sich für eine möglichst effiziente, d.h. flächenoptimierende Bewirtschaftung der Hafenable der Vertragskantone einzusetzen. Bei Arealen, die längerfristig nicht mehr für Hafen- und Logistikbedürfnisse benötigt werden, verständigt sich der Regierungsrat mit dem Regierungsrat des Vertragskantons über eine allfällige Ausgliederung aus dem Hafenperimeter.

II. Aufhebung bisherigen Rechts

Das Gesetz betreffend Verwaltung der baselstädtischen Rheinhafenanlagen vom 13. November 1919 wird aufgehoben.

III. Schlussbestimmungen

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Der Staatsvertrag und die Aufhebung des Gesetzes betreffend Verwaltung der baselstädtischen Rheinhafenanlagen vom 13. November 1919 sind im Kantonsblatt Nr. 8 vom 27. Januar 2007 publiziert.
--

17. Ausgabenbericht betreffend Logis Bâle 2007 bis 2010: Fortführung der Umsetzung des Impulsprojekts "5000 Wohnungen innert 10 Jahren".

[17.01.07 10:48:30, BRK, BD, 06.0239.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht einzutreten, der Fortführung des Impulsprojektes zuzustimmen und einen Kredit von CHF 800'000 zu bewilligen.

Voten: *Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission; RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD); Peter Zinkernagel (LDP); Roland Lindner (SVP); Marcel Rünzi (CVP); Markus G. Ritter (FDP); Urs Joerg (EVP); Anita Lachenmeier-Thüring (Grünes Bündnis); Roland Engeler-Ohnemus (SP); RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Antrag

Die EVP Fraktion beantragt, die Fortführung des Impulsprojektes auf zwei Jahre 2007-2008 zu beschränken und den Kredit auf CHF 400'000, vorgesehen als zwei Jahrestanchen zu CHF 200'000, zu reduzieren.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 74 gegen 24 Stimmen, den Antrag der EVP-Fraktion **abzulehnen**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 1 Stimme und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Der Grosse Rat stimmt der Fortführung des Impulsprojekts „5000 Wohnungen innert 10 Jahren“ und der damit verbundenen Weiterführung der Tätigkeit von Logis Bâle für die Jahre 2007 bis 2010 zu.
2. Er bewilligt hierzu den beantragten Kredit von CHF 800'000, vorgesehen als vier Jahrestanchen zu CHF 200'000.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

18. Ratschlag betreffend Zwingerstrasse 25, Basel. Festsetzung eines Bebauungsplans für die Liegenschaft Zwingerstrasse 25.

[17.01.07 11:39:48, BRK, BD, 06.1493.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und der Festsetzung eines Bebauungsplanes zuzustimmen.

Voten: *Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Ratschlag **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, gestützt auf die §§ 97, 101 und 106 des Bau- und Planungsgesetzes (BPG) vom 17. November 1999, und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

I. Bebauungsplan

II. Publikation

Rechtsmittelbelehrung

Der vollständige Beschluss ist im Kantonsblatt Nr. 6 vom 20. Januar 2007, Seite 83, publiziert.

Verabschiedung von Hans Bollier, Leiter der Finanzkontrolle

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: Aufgewachsen ist Hans Bollier im Haslital, einer etwas abgelegenen Gegend im Berner Oberland, deren Einwohner einen Dialekt sprechen, den man in Bern schon fast nicht mehr versteht und in Basel meistens mit dem Oberwalliser Dialekt verwechselt.

Nach der Schule absolvierte Hans Bollier eine KV-Lehre auf der Gemeindeverwaltung von Meiringen. Dort begegnete er einem Offset-Drucker-Lehrling namens Urs Hofer. Dieser Urs Hofer hatte bei den Pfadfindern das Vulgo "POLO", weshalb er noch heute als Polo Hofer bekannt ist. Mit der Mundartrock-Szene und auch mit der Neigung von Polo Hofer zu weichen Drogen konnte sich Hans Bollier aber offensichtlich nicht anfreunden, weshalb der Kontakt zu diesem Polo Hofer keinen Bestand hatte.

Nach der Lehre arbeitete Hans Bollier zunächst bei der Steuerverwaltung in Nyon am Genfersee. Am 1. April 1969 - das sind jetzt fast 38 Jahre her - trat er eine Stelle als Verwaltungsassistent bei der Basler Steuerverwaltung an und berechnete dort als Mitarbeiter des damaligen Steuerverwalters Dr. Studer neue Steuertarife für Basel-Stadt. Aus dieser Position durchlief Hans Bollier bei der Steuerverwaltung eine Karriere wie aus dem Bilderbuch: Veranlagungssekretär für Unselbstständigerwerbende, später Revisor für Selbstständigerwerbende, Steuerkontrolleur, Steuerrevisor, Leiter einer Veranlagungsabteilung und

schliesslich Stellvertretender Abteilungsleiter Veranlagung und Kontrolle. Auf den 1. Juli 1986 wählte ihn der Regierungsrat als Nachfolger von Theo Memminger zum Leiter der Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt.

Finanzdirektoren kommen und gehen, der oberste Revisor bleibt. Seit dem Eintritt von Hans Bollier in das Finanzdepartement hat die Spitze des Departements dreimal gewechselt (Lukas Burckhardt, Kurt Jenny, Ueli Vischer und zuletzt Eva Herzog).

Noch erfolgreicher als bei den Regierungsräten war Hans Bollier bei der Ausbildung der Finanzkommissionspräsidenten: einer wurde Nationalrat, einer wurde Regierungsrat und wenn Hans Bollier noch etwas ausharren würde, hätte Baschi Dürr bald einmal alle erforderlichen fachlichen Voraussetzungen, um Bundesrat zu werden.

Vor vier Jahren erarbeitete die Finanzkommission unter dem Präsidium von Daniel Wunderlin und mit massgeblicher Mitwirkung von Hans Bollier das neue Finanzkontrollgesetz.

Anlass für die Neukonzeption der Finanzkontrolle war die Erkenntnis, dass sich der öffentliche Sektor seit einigen Jahren im raschen Wandel Richtung Verwaltungsmodernisierung befindet. Diesen Prozess beschleunigten insbesondere Massnahmen im Bereich von New Public Management (NPM), Auslagerungen von Aufgaben aus der Staatsverwaltung sowie die interkantonale Zusammenarbeit. Dadurch wurden Freiräume geschaffen, innerhalb derer der Staat mit seiner Verwaltung neue Formen der Aufgabenerfüllung zu entwickeln und zu realisieren begann.

Diese Entwicklung brachte für die Finanzaufsicht - dazu gehört neben der Finanzkontrolle auch die Finanzkommission - neue Aufgaben. Aufgrund dieser Entwicklung hat die Finanzkommission in ihrem Bericht zum Budget 2002 Mindestanforderungen für die Finanzkontrolle und ihre Zuständigkeitsbereiche festgelegt und eine von der Verwaltung unabhängige Finanzkontrolle gefordert.

Mit der Zustimmung des Grossen Rates zum Gesetz über die Finanzkontrolle und dem Ablauf der Referendumsfrist am 1. November 2003 wurde die Unabhängigkeit der Finanzkontrolle Wirklichkeit und der CEO dieser Firma, Hans Bollier, hatte plötzlich eine neue vorgesetzte Behörde, nämlich das Büro des Grossen Rates. Er gewöhnte sich schnell und gut an diese neue Anbindung und schon wenige Wochen später unterbreitete er dem Ratsbüro die ersten Vorschläge für die konkrete Umsetzung der in der neuen Unternehmensstruktur notwendigen Prozesse. Bereits im Februar 2004 hat das Ratsbüro eine private Revisionsfirma mit der jährlichen Revision der Finanzkontrolle beauftragt und auch seit diesem Zeitpunkt finden dreimal jährlich so genannte Trimestergespräche zwischen der Leitung der Finanzkontrolle, und den Präsidien des Grossen Rates, Regierungsrates und der Finanzkommission statt.

Ein Meilenstein in der Geschichte der Finanzkontrolle unter Hans Bollier war die ISO-Zertifizierung, welche Anfangs 2005 abgeschlossen werden konnte. Diese Zertifizierung, im öffentlich-rechtlichen Bereich eher eine Ausnahme, haben mehrere kantonale Finanzkontrollen als gemeinsames Projekt in Angriff genommen.

Eine wichtige Rolle spielte Hans Bollier auch in der von ihm mit begründeten Fachvereinigung, einer beruflich ausgerichteten Interessengemeinschaft der kantonalen Finanzkontrollen. Diese Fachvereinigung führte regelmässig Fachtagungen durch. Ein Leiter der Finanzkontrolle eines anderen Kantons hat mir berichtet, dass Hans Bollier in seiner Zeit als Vizepräsident der Fachvereinigung der Finanzkontrollen (1999 - 2006) nicht nur seine berufliche Kompetenz eingebracht habe, sondern mit seinen Sprüchen und den eingestreuten Witzen immer wieder die doch eher trockenen Fachgespräche auflockern konnte.

Mit Hans Bollier verliert die Finanzkontrolle ihren väterlichen Chef. Die Finanzkontrolle – vorher im Strohchen beheimatet unter dem strengen Blick der Finanzdirektoren Kurt Jenny und Ueli Vischer – bezog vor etwa 12 Jahren das Gebäude Leonhardsgraben 3. In dieser Trutzburg auf der Lyss residierte „Käpt'n Bo“ – wie er intern genannt wurde, als Patron von altem Schrot und Korn. Mit dem Wechsel von Hans Bollier zu Daniel Dubois, der sich bereits seit dem 1. Januar unter Hans Bollier einarbeitet und am 1. Februar offiziell die Nachfolge antreten wird, wird auch ein Kulturwechsel stattfinden. Solche Kulturwechsel bringen auch Chancen. Wir sind überzeugt, dass die Finanzkontrolle auch unter Daniel Dubois den Anforderungen an eine leistungsfähige, effiziente und für den Kanton als Ganzes glaubwürdige Kontrollinstanz gerecht werden wird.

Wie geht es weiter mit Hans Bollier?

Seine Gattin – das wurde uns von verschiedener Seite bestätigt – versuche seit Jahren erfolglos, Hans Bollier zu einem gesünderen Leben zu animieren, zu körperlicher Bewegung, zu weniger Wellness und weniger Gewicht zu trimmen. Hans Bollier dagegen zieht die Bewegung auf einem fahrbaren Untersatz, mit dem er lange Reisen unternimmt, und massgeschneiderte Wellness in einem Kleinbasler Beizli mit einem deftigen Gericht und einem wohlschmeckenden Bier (oder zwei) eindeutig vor.

Seine Mitgliedschaft bei den Wurzengrabern, bei den 3E und vor allem beim Fähri-Verein und dem Wasserfahrverein Horburg - beides respektable Organisationen, welche immerhin Hinweise auf mögliche sportliche Betätigungen geben - unterstreichen die Neigung von Hans Bollier, sich in jeder Lebenslage etwas

zu gönnen und zum Zwecke der persönlichen Gesundheitsförderung kulinarische Wellness zu betreiben.

Ich werde ihm deshalb ein Gutscheinebüchlein für ein paar Dutzend Restaurants hier in Basel und Umgebung überreichen, die allesamt von seiner Residenz in Kleinbasel aus zu Fuss gut erreichbar sind.

Im Namen des Grossen Rates danke ich Hans Bollier für seine dem Kanton Basel-Stadt in langen Jahren erfolgreich geleisteten Dienste und wünsche ihm für seine Zukunft und den dritten Lebensabschnitt herzlich alles Gute. Und was man nicht jedem Kontrolleur sagt: ich freue mich, ihn bald wieder zu sehen. Alles Gute, Hans Bollier! [langer Applaus]

Sitzungsunterbruch: 11:54 Uhr

Wiederbeginn der Sitzung

Mittwoch, 17. Januar 2007, 15:00 Uhr

19. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ausgabenbericht Nr. 05.0745.01 betreffend Karl Barth-Platz. Verbesserung der Verkehrssicherheit, Umgestaltung und Vergrösserung der Platzfläche im Zusammenhang mit Gleissanierung sowie zur Petition P237 betreffend Neugestaltung des Karl Barth-Platzes.

[17.01.07 15:03:46, UVEK, BD, 05.0745.02 06.5323.02, BER]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten, für die Verbesserung der Verkehrssicherheit und Umgestaltung einen Kredit von CHF 1'100'000 und für die Erstellung einer zusätzlichen Wartehalle einen Kredit von CHF 95'000 zu bewilligen.

Die FDP Fraktion beantragt, den Grossratsbeschluss mit folgender Ziffer 3 zu ergänzen: 3. Der Beschluss wird dem obligatorischen Referendum gemäss § 51 Abs. 2 der Kantonsverfassung unterstellt.

Voten: *Gabi Mächler, Präsidentin der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; Christine Wirz-von Planta (LDP)*

Hansjörg M. Wirz (DSP): beantragt namens der DSP-Fraktion Rückweisung an den Regierungsrat.

Voten: *Annemarie von Bidder (EVP); Christian Egeler (FDP); Marcel Rünzi (CVP); Andreas Ungricht (SVP); Francisca Schiess (SP); Michael Wüthrich (Grünes Bündnis); Patricia von Falkenstein (LDP); Markus G. Ritter (FDP); Eduard Rutschmann (SVP); Thomas Baerlocher (SP); Patrick Hafner (SVP); Martin Hug (LDP); Bruno Mazzotti (FDP); Hansjörg M. Wirz (DSP); Roland Stark (SP); RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD); Gabi Mächler, Präsidentin der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 62 gegen 58 Stimmen, den Rückweisungsantrag der DSP-Fraktion **abzulehnen**.

Detailberatung

Ziffer 1 und 2: keine Wortmeldungen.

Ziffer 3

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: schlägt vor, den Antrag der FDP Fraktion aus formalen Gründen wie folgt zu modifizieren: Dieser Beschluss ist zu publizieren und wird dem obligatorischen Referendum gemäss § 51 Abs. 2 der Kantonsverfassung unterstellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, eventualiter der vom Präsidenten vorgeschlagenen Formulierung zuzustimmen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 63 gegen 57 Stimmen, dem Antrag der Kommission zu folgen und den Beschluss nicht dem obligatorischen Referendum zu unterstellen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 60 gegen 53 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Für die Verbesserung der Verkehrssicherheit und Umgestaltung wird ein Baukredit von CHF 1'100'000, verteilt auf die Jahre 2007: CHF 100'000; 2008: CHF 800'000; 2009: CHF 200'000 (Preisbasis April 2005, Produktionskosten-Index PKI) zu Lasten Investitionsrechnung (Investitionsbereich 1 „Strassen- und Stadtgestaltung“), Position 6170.110.21071 des Baudepartements / Tiefbauamt der Rechnungen bewilligt.
2. Für die Erstellung einer zusätzlichen Wartehalle am Karl Barth-Platz wird ein Baukredit von CHF 95'000 verteilt auf die Jahre 2007: CHF 10'000; 2008: CHF 75'000; 2009: CHF 10'000 (Preisbasis April 2005, Produktionskosten-Index PKI) zu Lasten Investitionsrechnung (Investitionsbereich 2 „öffentlicher Verkehr“), Position der BVB bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition P237 als erledigt zu erklären.

Die Petition P237 (06.5323) ist **erledigt**.

20. Ratschlag betreffend Sichere Kinderspielplätze. Rahmenkredit zur Umsetzung der neuen Schweizer Sicherheitsnormen SN EN 1176/1177 auf öffentlichen Kinderspielplätzen und Spielbereichen in Schulen, Kindergärten und Gartenbädern.

[17.01.07 16:34:01, UVEK, BD, 05.0824.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und einen Rahmenkredit von CHF 5'600'000 zu bewilligen.

Die Finanzkommission beantragt einen Rahmenkredit von CHF 5'300'000 zu bewilligen.

Voten: *Gabi Mächler, Präsidentin der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD); Baschi Dürr, Präsident der Finanzkommission; Heidi Mück (Grünes Bündnis); Patricia von Falkenstein (LDP); Andreas Ungricht (SVP); Fabienne Vuillamoz (SP); Stephan Ebner (CVP); Helmut Hersberger (FDP); Annemarie Pfeifer (EVP); Stephan Ebner (CVP); RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD); Gabi Mächler, Präsidentin der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Voten: *Baschi Dürr, Präsident der Finanzkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 52 gegen 49 Stimmen, dem Antrag der Finanzkommission zu folgen und den Rahmenkredit auf CHF 5'300'000 zu reduzieren.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Umsetzung der neuen Schweizer Sicherheitsnormen SN EN 1176/1177 auf öffentlichen Kinderspielplätzen und Spielbereichen in Schulen, Kindergärten und Gartenbädern wird ein Rahmenkredit von insgesamt CHF 5'300'000 (Preisbasis 2005) verteilt auf die Jahre 2007 und 2008 (je 400'000) und 2009 bis 2011 (je CHF 1'500'000) zu Lasten des Baudepartementes bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

21 Ratschlag betreffend Änderung des Personalgesetzes vom 17.11.1999 - Erweiterung der Zuständigkeit der kantonalen Personalrekurskommission.

[17.01.07 17:27:23, FD, 06.1796.01, RAT]

Der Regierungsrat beantragt, auf den Ratschlag einzutreten und der vorgeschlagenen Teilrevision des Personalgesetzes zuzustimmen.

RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD): beantragt namens der Vorsteherin des Finanzdepartementes als Referendums Klausel: Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und wird umgehend nach Eintritt der Rechtskraft wirksam.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

I. keine Wortmeldungen.

II. Publikations und Referendums Klausel.

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: weist unter Bezug auf das Referat der Vorsteherin des Baudepartementes darauf hin, dass die Wirksamkeit auf den 1. Januar 2007 aus chronologischen Gründen nicht mehr möglich ist. Ziffer II im Grossratsbeschluss lautet daher: Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und wird umgehend nach Eintritt der Rechtskraft wirksam.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 1 Stimme und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

I.

Das Personalgesetz vom 17. November 1999 wird wie folgt geändert:

§ 1 erhält folgenden neuen Abs. 3:

Der Regierungsrat kann § 16 Abs. 2 und die §§ 40-43 dieses Gesetzes für selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten des Kantons Basel-Stadt für anwendbar erklären, sofern diese ihr Personal gemäss diesem Gesetz angestellt haben und über keine Regelung zum Rechtsschutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen.

II.

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und wird umgehend nach Eintritt der Rechtskraft wirksam.

Die Änderung des Personalgesetzes ist im Kantonsblatt Nr. 6 vom 20. Januar 2007, Seite 83 publiziert.

22. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates zum Ratschlag Nr. 06.0933.01 des Regierungsrates betreffend Betriebskostenbeiträge an das St. Claraspital, Merian Iselin-Spital, Bethesda-Spital, Geriatriespital Adullam und die Psychiatrische Klinik Sonnenhalde für die Jahre 2007 bis 2009; gestützt auf neue Verträge über die Hospitalisation von Patientinnen und Patienten in den Allgemeinen Abteilungen der genannten, nichtstaatlichen, gemeinnützigen Spitälern (Privatspitälerverträge).

[17.01.07 17:30:53, GSK, GD, 06.0933.02, BER]

Die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten und für die Jahre 2007 bis 2009 einen jährlich wiederkehrenden Kredit zu bewilligen.

Voten: *Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Jahre 2007 bis 2009 wird ein jährlich wiederkehrender Kredit für die Abgeltung ungedeckter Kosten der Spitalbehandlung baselstädtischer Patientinnen und Patienten in der Allgemeinen Abteilung

- des St. Claraspitals
- des Merian Iselin-Spitals
- des Bethesda-Spitals
- des Geriatriespitals Adullam und
- der Psychiatrischen Klinik Sonnenhalde

bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

23. Ratschlag betreffend Liegenschaftsbeiträge zugunsten von baselstädtischen Pflegeheimen in den Jahren 2007 - 2011.

[17.01.07 17:35:42, GSK, GD, 06.1714.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und für die in den Jahren 2007 bis 2011 erforderlichen Kredite zu bewilligen.

Voten: *Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Ratschlag **einzutreten**.

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: Im Beschlussesentwurf auf Seite 11 des Ratschlags hat sich eine fehlerhafte Formulierung eingeschlichen. Die korrigierte Fassung wurde Ihnen letzte Woche aufgelegt. Der einzige Absatz des Beschlusses, der Ihnen beantragt wird, lautet korrekt: Für die Jahre 2007 bis 2011 werden die erforderlichen Kredite für Liegenschaftsbeiträge an Vertragsheime mit hohen Liegenschaftskosten bewilligt.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Jahre 2007 bis 2011 werden die erforderlichen Kredite für Liegenschaftsbeiträge an Vertragsheime mit hohen Liegenschaftskosten bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

24. Ausgabenbericht betreffend Betriebskostenbeiträge an die Stiftung Melchior für die Jahre 2007 bis 2009.

[17.01.07 17:42:16, GSK, GD, 06.1107.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Bericht einzutreten und in den Jahren 2007 bis 2009 der Stiftung einen jährlichen Betriebskostenbeitrag von maximal CHF 410'000 zu bewilligen.

Voten: *Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission; Martina Saner (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, der Stiftung Melchior in den Jahren 2007 bis 2009 einen nicht indexierten Betriebskostenbeitrag in der Höhe von maximal CHF 410'000 p.a. auszurichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

25. Ratschlag betreffend Betriebskostenbeiträge an die Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft Basel für die Jahre 2007 bis 2009.

[17.01.07 17:48:31, GSK, GD, 06.1159.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Basel (PSAG) in den Jahren 2007 bis 2009 einen jährlichen Betriebskostenbeitrag von CHF 650'000 zu bewilligen.

Voten: *Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Ratschlag **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Basel (PSAG) in den Jahren 2007 bis 2009 einen nicht indexierten Betriebskostenbeitrag in der Höhe von CHF 650'000 p.a. auszurichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

26. Ratschlag betreffend Einführung einer elektronischen Dokumentenarchivierung und -verwaltung im Universitätsspital Basel (USB).

[17.01.07 17:52:00, FKom, GD, 06.1710.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und einen Kredit von CHF 2'300'000 zu bewilligen.

Voten: *Mustafa Atici, Referent der Finanzkommission; Christine Wirz-von Planta (LDP); Patrick Hafner (SVP); RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD); Mustafa Atici, Referent der Finanzkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Ratschlag **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Zur Realisierung des Projektes "elektronische Dokumentenarchivierung und -verwaltung" wird ein Kredit von CHF 2'300'000, aufgeteilt auf die Jahre 2007 bis 2009 (je CHF 500'000) und 2010 (CHF 800'000) zulasten des Gesundheitsdepartementes, Universitätsspital Basel, Budgetposition 731001060044, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Schriftliche Anfragen

Es ist folgende Schriftliche Anfrage eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Alexander Gröflin betreffend Bevölkerungsentwicklung (07.5011).

Die Schriftliche Anfrage wird dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

Sitzungsunterbruch 18:04 Uhr

Wiederbeginn der Sitzung

Mittwoch, 17. Januar 2007, 20:00 Uhr

27. Ratschlag zum Genehmigungsverfahren betreffend Totalrevision des Konkordats über den Vollzug von Strafen und Massnahmen nach dem Schweizerischen Strafgesetzbuch und dem Recht der Kantone der Nordwest- und Innerschweiz (Strafvollzugskonkordat).

[17.01.07 20:03:45, JSSK, JD, 05.2175.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission des Grosse Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und den Beitritt zum Strafvollzugskonkordat zu genehmigen.

Voten: *Anita Heer, Referentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Ratschlag einzutreten.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Grosse Rat genehmigt den Beitritt des Kantons Basel-Stadt zum Konkordat der Kantone der Nordwest- und Innerschweiz vom 5. Mai 2006 über den Vollzug von Strafen und Massnahmen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Das Konkordat der Kantone der Nordwest- und Innerschweiz vom 5. Mai 2006 über den Vollzug von Strafen und Massnahmen ist im Kantonsblatt Nr. 6 vom 20. Januar 2007, Seiten 80 - 83 publiziert.

29. Budgetpostulat Stephan Ebner betreffend Dienststelle Nr. 264 / Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt.

[17.01.07 20:09:50, 06.5384.01, NBP]

Der Regierungsrat ist bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, das Budgetpostulat gemäss § 49 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Grossen Rates dem Regierungsrat zu **überweisen**.

30. Anzüge 1 - 13.

Anzug 1 Andreas Ungricht und Konsorten betreffend bessere Parkmöglichkeiten in den Quartieren mit Hilfe überschreitender Parkerlaubnis in der blauen Zone.

[17.01.07 20:10:28, 06.5346.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Anzug 2 Dominique König-Lüdin und Konsorten betreffend Verbesserung Haltestelle J. Burckhardt-Strasse Buslinie 37.

[17.01.07 20:10:44, 06.5348.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Anzug 3 Martin Lüchinger und Konsorten betreffend der gleichzeitigen Stärkung der Alternativkultur / freien Szene im Zusammenhang mit dem Neubau des Stadtcasinos.

[17.01.07 20:11:10, 06.5349.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Anzug 4 Anita Heer und Konsorten betreffend Zusammenlegung der kriminaltechnischen Dienste der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft.

[17.01.07 20:11:35, 06.5350.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Anzug 5 Anita Lachenmeier-Thüring und Konsorten betreffend Überdachung der Zollfreistrasse.

[17.01.07 20:11:52, 06.5351.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Eduard Rutschmann (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Theo Seckinger (LDP); Guido Vogel (SP)*

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: bedankt sich bei Regierungsrat Ralph Lewin für seine Anwesenheit und dafür, dass wenigstens er an der heutigen Abendsitzung anwesend ist und somit die übrigen Regierungsmitglieder vertritt. [*freudiger Applaus*]

Voten: *Bruno Mazzotti (FDP); Michael Martig (SP); Anita Lachenmeier-Thüring (Grünes Bündnis)*

Zwischenfrage von Eduard Rutschmann (SVP).

Der Grosse Rat beschliesst

mit 52 gegen 51 Stimmen, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Anzug 6 Peter Howald und Konsorten betreffend stadtverträgliche und CO2-freie Euro 08.

[17.01.07 20:33:35, 06.5352.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: Der Anzugsteller hat mir mitgeteilt, dass aufgrund des Ratschlags 06.1974.01 (Kredit für die Planung, Organisation und Durchführung der UEFA Fussball-Europameisterschaften 2008 in der Region Basel), welcher den Mitgliedern des Grossen Rates gestern 16. Januar 2007 zugestellt wurde, eine Überweisung des Anzugs an die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission sinnvoller sei, als eine Überweisung an den Regierungsrat.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug eventualiter der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission und nicht dem Regierungsrat zu überweisen.

Thomas Mall (LDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Erika Paneth (SP); Heidi Mück (Grünes Bündnis); Martin Hug (LDP); Hansjörg M. Wirz (DSP); Erika Paneth (SP); Peter Malama (FDP); Peter Howald (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 56 gegen 52 Stimmen, den Anzug der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zu **überweisen**.

Anzug 7 Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Verlängerung der Buslinie 70 bis zum Bahnhof SBB.

[17.01.07 20:57:07, 06.5353.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Anzug 8 Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Anpassung des Allmendgesetzes 724.100.

[17.01.07 20:57:25, 06.5354.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Anzug 9 Tino Krattiger und Konsorten für eine grosszügigere Verbindung zwischen Kasernenareal und Rheinufer.

[17.01.07 20:57:43, 06.5360.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Anzug 10 Ruth Widmer und Konsorten betreffend Aufwertung des Kasernenareals als kulturelles Zentrum im Kleinbasel für die freie Kulturszene.

[17.01.07 20:58:01, 06.5361.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Anzug 11 Gisela Traub und Konsorten betreffend städtebauliche Intervention für das Kasernenareal.

[17.01.07 20:58:21, 06.5359.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Anzug 12 Claudia Buess und Konsorten betreffend Aufwertung des Kasernenareals als Treffpunkt im Kleinbasel.

[17.01.07 20:58:35, 06.5357.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Christine Wirz-von Planta (LDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Tino Krattiger (SP)*

Zwischenfrage von Christine Wirz (LDP).

Voten: *Anita Lachenmeier-Thüring (Grünes Bündnis); Claudia Buess (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 24 Stimmen, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Anzug 13 Esther Weber Lehner und Konsorten betreffend Begegnungszonen.

[17.01.07 21:13:28, 06.5358.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Christine Wirz-von Planta (LDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Roland Engeler-Ohnemus (SP); Esther Weber Lehner (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 32 Stimmen, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

31. Antrag Andreas C. Albrecht und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend kantonale Regelungsfreiheit für Lärmemissionen von Gastwirtschaftsbetrieben.

[17.01.07 21:22:39, 06.5333.01, NAT]

Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Antrag dem Regierungsrat zu **überweisen**.

32. Beantwortung der Interpellation Nr. 84 Andreas Ungricht betreffend einer Interpellationsbeantwortung des ED BS im Zusammenhang mit City Golf Basel.

[17.01.07 21:23:12, ED, 06.5338.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Andreas Ungricht (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 06.5338 ist **erledigt**.

33. Beantwortung der Interpellation Nr. 92 Stephan Gassmann betreffend Schaffung eines Trammuseums Basel.

[17.01.07 21:24:05, ED, 06.5362.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Stephan Gassmann (CVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 06.5362 ist **erledigt**.

34. Beantwortung der Interpellation Nr. 96 Michael Martig betreffend neue Ausbildungsgänge der Gesundheitsberufe.

[17.01.07 21:27:56, ED, 06.5369.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet. Sie wurde an der Sitzung vom 10. Januar 2007 den Mitgliedern des Grossen Rates aufgelegt.

Voten: *Michael Martig (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 06.5369 ist **erledigt**.

35. Beantwortung der Interpellation Nr. 98 Christoph Wydler betreffend Revision des MAR (Maturitätsanerkennungsreglements)

[17.01.07 21:31:53, ED, 06.5371.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Der Interpellant ist nicht anwesend.

Die Interpellation 06.5371 ist **erledigt**.

36. Beantwortung der Interpellation Nr. 85 Fabienne Vulliamoz betreffend "Migration und Gesundheit".

[17.01.07 21:32:20, GD, 06.5339.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Die Interpellantin ist nicht anwesend.

Die Interpellation 06.5339 ist **erledigt**.

37. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kathrin Zahn und Konsorten betreffend Rechtsanspruch auf Palliative Care.

[17.01.07 21:33:00, GD, 03.7722.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 03.7722 abzuschreiben.

Beatrice Alder Finzen (Grünes Bündnis): beantragt, den Anzug stehen zu lassen.

Voten: *Rolf Stürm (FDP); Bruno Suter (SP); RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 55 gegen 42 Stimmen, den Anzug **stehen zu lassen**.

38. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Roman Geeser und Konsorten betreffend elektronische Gesundheitskarte.

[17.01.07 21:44:48, GD, 04.8052.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 04.8052 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 04.8052 ist **erledigt**.

39. Beantwortung der Interpellation Nr. 82 Sebastian Frehner betreffend Regierungspropaganda.

[17.01.07 21:45:25, WSD, 06.5336.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Sebastian Frehner (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 06.5336 ist **erledigt**.

40. Beantwortung der Interpellation Nr. 83 Talha Ugur Camlibel betreffend sozialhilfeabhängige Migrantinnen und Migranten.

[17.01.07 21:46:51, WSD, 06.5337.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Talha Ugur Camlibel (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 06.5337 ist **erledigt**.

41. Beantwortung der Interpellation Nr. 89 Heidi Mück betreffend Rückgang der Anzahl NeurentnerInnen der IV.

[17.01.07 21:51:14, WSD, 06.5343.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Heidi Mück (Grünes Bündnis)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 06.5343 ist **erledigt**.

42. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Philippe P. Macherel und Konsorten betreffend Förderung von Sozialstellen in der Privatwirtschaft.

[17.01.07 21:53:45, WSD, 04.7980.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 04.7980 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 04.7980 ist **erledigt**.

Sitzungsunterbruch: 21:55 Uhr.

Basel, 18. Januar 2007

Andreas Burckhardt
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär